



EDITORIAL

Beznau, oder wie man das Volk anlügt



Ruedi Rechsteiner
Alt-Nationalrat

Liebe NWA-Mitglieder, liebe Gönnerinnen und Gönner, geschätzte Leserinnen und Leser

Die Schweiz hat eine Energiestrategie: 100 Prozent erneuerbare Energien. Das wird früher oder später

eine Tatsache. Doch noch sind wir nicht so weit.

Das Kernproblem – die Gefährdung der Bevölkerung durch die veralteten Atomkraftwerke – hat das Parlament mit der Energiestrategie von 2017 nicht gelöst. In einem Verzweiflungsakt strebt die Atombranche seither nach einem «Langzeitbetrieb» der alten Reaktoren.

«Weiterbetrieb so lange sicher». Leider erweist sich dies als Lebenslüge unserer Landesregierung. Als das AKW Beznau – ältestes Atomkraftwerk der Welt – die Schutzbestimmungen bei Erdbeben nicht mehr erfüllte, änderte der Bundesrat flugs die Vorschriften. Es entstand eine «Lex Beznau» auf dem Verordnungsweg, die den Strahlenschutz krass missachtet.

Die Maximaldosis an Radioaktivität, der die Bevölkerung bei einem Erdbeben ausgesetzt ist, wurde um den Faktor 100 erhöht. Zudem wurden wichtige Kriterien zur automatischen Ausserbetriebnahme auf Antrag der Aufsichtsbehörden ausser Kraft gesetzt. Unsere Atompolizei spielt Fuchs im Hühnerstall.

Die Atom-Seilschaften sind nach wie vor intakt. Die Gefährdung ist heute höher als je zuvor, denn die Sicherheit leidet unter der Alterung der Reaktoren. Beznau, in Betrieb seit 1969, ist hoffnungslos veraltet. Und die Versprechen von Doris Leuthard vor der Volksabstimmung über den Atomausstieg – «Weiterbetrieb so lange sicher» – sind Makulatur. Das wissen wir inzwischen mit Sicherheit.

Ruedi Rechsteiner
Ruedi Rechsteiner



Klimademo, 28. September 2020 in Bern | Foto Andi Fischer

Ja zum CO₂-Gesetz – ein Schritt voran!



Andi Fischer
Copräsident NWA Schweiz
Präsident NWA Aargau

Am 13. Juni stimmt die Schweizer Bevölkerung über das CO₂-Gesetz ab. Es setzt Anreize, damit der Verbrauch fossiler Brennstoffe verringert wird und belohnt klimaschonendes Verhalten. Um mit dem Klimaschutz in der Schweiz endlich vorwärtszukommen, braucht es ein deutliches «Ja»!

Ein kurzer Blick zurück: Im Dezember 2018 konnten die Umweltparteien nicht mehr für das total verwässerte CO₂-Gesetz einstehen, was zum Scheitern führte. 2019 kam frischer Wind auf: Klimastreiks und -demos und eine grüne Welle bei den Wahlen ermöglichten eine neue Vorlage, die unsere Zustimmung verdient. Ein «Nein» würde die Schweizer Klimapolitik für Jahre blockieren. Die Öllobby könnte weitere Kli-

mamassnahmen verhindern mit dem Argument, das Volk wolle das nicht.

Wirksam und sozialverträglich

Das CO₂-Gesetz arbeitet vor allem mit Abgaben. Die Öllobby wird uns deshalb wieder die alte Mär auftischen, dass alles teurer wird. Doch: Wer keine fossilen Brennstoffe verbraucht, zahlt auch keine Abgaben.

Und damit nicht genug.

Ein grosser Teil der Gelder wird pro Kopf an die Bevölkerung respektive an die Wirtschaft zurückbezahlt. Wer sich also klimaschonend verhält, profitiert unter dem Strich.

Konkret lässt sich das an der Flugticketabgabe zeigen: Vielflieger werden zur Kasse gebeten, wer auf Zug statt Flug setzt, macht Gewinn. Der Rest der Einnahmen fliesst in einen Fonds für konkrete Projekte zur CO₂-Verminderung.

Wird das reichen?

Die ehrliche Antwort lautet Nein. Die vorgesehenen Massnahmen reichen nicht, um die an der Klimakonferenz in Paris gemachten Versprechen zu erfüllen, geschweige denn um «Netto-Null» in der gebotenen Frist zu erreichen. Aber sie sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Fazit: Das vorliegende CO₂-Gesetz ist viel mehr als ein fauler Kompromiss. Wir stimmen am 13. Juni über einen ausgewogenen und fairen Massnahmenmix ab, der klimaschonendes Verhalten belohnt und dank Rückvergütungen sozialverträglich ist. Minus 50 % gegenüber 1990 bis 2030 ist ein erster, gut erreichbarer Schritt hin zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Weitere Anstrengungen werden folgen müssen, aber die Sache erträgt keinen Aufschub.

Darum «Ja zum CO₂-Gesetz».

Andi Fischer

Ein umfassendes Argumentarium gibt es unter <https://klimaschutz-ja.ch/>

IN KÜRZE

BEZNAU-WETTBEWERB: Fristverlängerung

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte der NWA Schweiz!

Wir haben im letzten Wende-Blatt einen Wettbewerb lanciert für Vorschläge, wie wir Beznau 1 für immer stilllegen können.

Trotz der Preise von 1000, 500 und 250 Franken haben sich verblüffend wenig Vorschläge von euch bei uns eingefunden. Natürlich kamen schon Einsendungen, aber für die Stilllegung von Beznau 1 uns hilft weder ein Perpetuum mobile, noch die Energie des Waldes. Wir glauben an euer kreatives Potenzial, gebt euch Mühe, und schickt uns eure Beiträge bis

am 14. Juni 2021. Voraussetzung ist, dass ihr eure Vorschläge in Worten und Bildern einreicht, inklusive einem Vorschlag zur konkreten Umsetzung.

Per Post: NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Per Mail: sekretariat@nwa-schweiz.ch

Gerne mit einem Fokus auf die Sprödigkeit des Reaktordruckbehälters und der Korrosionsschäden am Stahlcontainment.

Wir freuen uns auf eure Vorschläge!

2000ste ENSI-Mahnwache

Am 11. März 2021 fand zum 2000sten Mal eine Mahnwache von AtomkraftgegnerInnen vor dem ENSI in Brugg statt.

Vor zehn Jahren mussten nach dem vierfachen GAU in Fukushima 470'000 Menschen evakuiert werden, 160'000 davon dürfen auch zehn Jahre später noch nicht in ihre Heimat zurück.

Als ehemaliger «Kaiseraugst-Besitzer» dachte ich, das sei nun das Ende der AKWs... immerhin kam dann die Energiewende in der Schweiz... aber aufgepasst, die Atomlobby meint immer noch, dass AKWs unser Klima retten... wir sagen immer noch NEIN... aber JA zu Erneuerbar und zum CO₂-Gesetz!

Peter Scholer, Rheinfelden
GAK-Ehrenpräsident



NWA Schweiz

<https://nwa-schweiz.ch>



Billiger Atomstrom, sichere Atomkraftwerke und andere Märchen

Die Stilllegung und Entsorgung der Schweizer Atomkraftwerke kostet 90 bis 180 Mal mehr, als man 1978 meinte. Um der Axpo eine Amortisation ihrer Investitionen zu sichern, lässt das eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI deren AKWs weit über das Ablaufdatum weiterlaufen und verzichtet auf notwendige Nachrüstungen. Und die STENFO (Stilllegungsfonds für Atomanlagen) lässt zu tiefe Beiträge in die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds zu.

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle NAGRA schrieb in ihrer Broschüre 1978, dass die Kosten für die Stilllegung und Entsorgung eines AKWs 5 % bis 10 % ihrer Bauinvestition betragen. Bei Mühleberg sagte die BKW Ende 2019 selbst, die Stilllegung und Entsorgung koste fast neunmal so viel wie der Bau. Das ist 90 bis 180 Mal mehr, als die NAGRA 1978 angenommen hatte. Wenn die 90- bis 180-fach gestiegenen Kosten für die Stilllegung und Entsorgung auf den Strompreis geschlagen würden, wäre der Atomstrom unverkäuflich teuer. Um diesen Preisschock abzufedern, wird auf viererlei Art reagiert:

Höhere Strompreise im Monopol

Die Beteiligten an Atomkraftwerken verkaufen ihren Kunden den Atomstrom tatsächlich zu höheren Preisen. Sobald die BKW wusste,

dass sie das AKW Mühleberg stilllegt, und die Stilllegungskosten ansparen muss, stiegen ihre Strompreise fast auf das höchste Niveau der Schweiz.

Das EW Biglen, das nichts ansparen musste, konnte den Strompreis für Haushalte von 2013 bis 2019 um 13,2 % senken. Die BKW musste für ihr Ansparen für die Stilllegung und Entsorgung ihres Atomkraftwerkes den Strompreis für Haushalte von 2013 bis 2019 um 11,7 % erhöhen.

Das funktioniert, solange ihre KundInnen im Monopol gefangen sind und nicht die freie Wahl ihres Stromanbieters haben. Bei einer freien Wahl würden wohl viele Haushalte den günstigeren erneuerbaren Strom wählen. Darum sperren sich die Schweizer Elektrizitätswerke gegen den Bruch des Monopols und gegen eine freie Wahl des Stromanbieters.

Die Betriebsdauer der Atomkraftwerke wird verlängert

Damit wollen die Betreiber länger Zeit haben, um einen Deckungsbeitrag für die Kosten von Bau, Betrieb, Stilllegung und Entsorgung zusammenzubringen.

Die alten AKWs Mühleberg und Beznau wurden offiziell für eine Betriebsdauer von 30 Jahren gebaut. Im Fall von Beznau wurde ge-

hofft, man könne die Betriebsdauer allenfalls auf 40 Jahre verlängern. Nun läuft Beznau 1 bereits seit 52 Jahren. Anders als in andern Ländern gibt es in der Schweiz keine feste Beschränkung der Betriebsdauer von AKWs. Sie dürfen weiter betrieben werden «solange sicher».

Damit genügt es, dass die Probleme mit nicht erreichter Erdbebensicherheit, mit fehlender Sicherheit gegen Überschwemmungen und gegen einen Flugzeugabsturz, mit der Sprödigkeit des Reaktorbehälters und mit Korrosionsschäden am Containment standhaft ignoriert werden.

Verzicht auf Nachrüstungen

Schon die BKW hat auf wichtige Nachrüstungen an Mühleberg verzichtet, um die letzten Betriebsjahre ihres AKWs nicht noch mehr zu verteuern. Extremere machen das Alpiq und Axpo mit Beznau, Gösgen und Leibstadt. Das ENSI getraut sich kaum etwas zu sagen, und falls das ENSI doch eine Nachrüstung wünscht, gibt es in 100 % aller Fälle einen Basar mit den Betreibern, wo verhandelt wird, ob man die Nachrüstungen wirklich braucht, ob es nicht kleiner, billiger und später auch noch ginge.

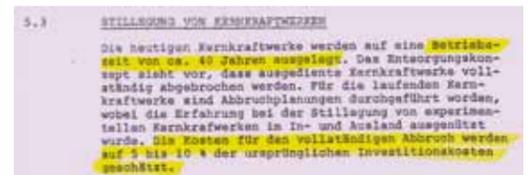
Das ENSI gibt meistens nach, der Basar lohnt sich für die Atomkraftwerkbetreiber.

Zu tiefe Einzahlungen in die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds

Am meisten können die AKW-Betreiber sparen, indem sie zu wenig Geld für die Stilllegung und Entsorgung ihrer AKWs beiseitelegen. Alle fünf Jahre werden die Beiträge in die Fonds neu festgelegt, alle fünf Jahre gehen die AKW-Betreiber deshalb vor Gericht, durch alle Instanzen, um die bereits zu tiefen Beiträge noch mehr zu verkleinern.

Nach konservativen Schätzungen fehlen 12 Milliarden Franken in den Fonds. Wenn die Kostensteigerungen für Stilllegung und Entsorgung so weitersteigen wie in den letzten Jahrzehnten, könnten es am Schluss auch 200 Milliarden sein, aber das ist schwierig abzuschätzen. Immerhin hat sich die NAGRA bei ihrer Kostenschätzung von 1978 auch schon um den Faktor 90 bis 180 verschätzt.

Peter Stutz, Geschäftsführer NWA



NAGRA Bericht von 1978. Die neuen AKW Gösgen und Leibstadt wurden für eine Betriebsdauer von 40 Jahren geplant, die Stilllegungs- und Entsorgungskosten auf 5 % bis 10 % der Investitionskosten geschätzt.

NWA Aargau

<https://www.nwa-aargau.ch>



Ärgern. Aufstehen. Anschauen.

Eigentlich wollte NWA Aargau im Mai seine Mitgliederversammlung durchführen. Raum und ein Referat zur Abstimmung zum CO₂-Gesetz waren schon gebucht. Aufgrund der unsicheren Lage haben wir jedoch beschlossen, den Anlass abzusagen. Alternativ planen wir nun etwas im September (mehr dazu weiter unten).

Derzeit noch im Programm ist der **Strike for future** am 21. Mai 2021: ein schweizerweiter bunter Aktions- und Streiktag für einen langfristigen Wandel hin zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesellschaft. Auch im Aargau gibt es Lokalgruppen, die Aktivitäten planen. Wo, wann, was? www.strikeforfuture.ch!

Doch nun zu unserer leidigen Fortsetzungsgeschichte «Pleiten, Pech und Pannen in Beznau» mit einem Nachtrag zu den Notstromgeneratoren.

Notstromgeneratoren: Schlamperei seit Jahrzehnten

Im letzten Wende-Blatt berichteten wir an dieser Stelle, dass bei zwei Notstromgeneratoren die vorgeschriebenen Schockabsorber fehlten und Beznau in Dezember 2020 deshalb nachgerüstet werden musste. Im Februar 2021 wurde bekannt, dass die Schockabsorber nicht erst – wie von uns vermutet – bei der letzten Überholung im Jahr 2010 vergessen gingen. Nein, diese wichtigen Vorrichtungen fehlen schon seit 1992, seit der Lieferung und Montage der Notstromdiesel. Weder die NOK, noch die Axpo, noch das ENSI haben das je bemerkt, bis letzten Dezember. Detail am Rande: Zuvor hielt man es nicht einmal für nötig, solche Notstromgeneratoren bereitzuhalten, weil man davon ausging, dass die Stromversorgung auch bei einem Erdbeben einwandfrei funktionieren würde...

Doch damit nicht genug: Offenbar bestand bis 2017 auch noch ein Softwarefehler, der dazu geführt hätte, dass bei einem Unfall die Notstromeinrichtung abgeschaltet worden wäre. Man kann also von riesigem Glück reden, dass es in Beznau nie ein Erdbeben, nie eine Überschwemmung und nie einen Flugzeugabsturz gegeben hat. Ohne die Not-Reaktorkühlung wäre ein GAU und eine Kernschmelze so sicher wie das Amen in der Kirche gewesen.

Sehenswerte Ausstellung

Noch bis am 12. Dezember zeigt das Fricktaler Museum in Rheinfelden die sehenswerte Ausstellung «Rheinfelden - Unter Strom! Vom Dreiland in die Welt» (siehe Plakat). Ausgangspunkt und wichtiger Themenschwerpunkt ist das im Jahr 1898 in Rheinfelden in Betrieb genommene, erste grosse Wasserkraftwerk Europas, das auch heute noch einen wichtigen Beitrag zur erneuerbaren Stromversorgung liefert. NWA Aargau plant,

seine Mitglieder im Herbst zu einem Besuch der Sonderschau einzuladen, verbunden mit der Mitgliederversammlung. Wir werden euch rechtzeitig informieren.

Andreas Fischer, Präsident NWA Aargau



Über den Tellerrand

Die Atomkraft hat ausgedient

In Deutschland sollen die letzten drei Atomkraftwerke Ende 2022 vom Netz gehen. Atomausstiegsbeschlüsse gibt es auch in Belgien. In der Schweiz hat sich die Bevölkerung 2017 deutlich für eine Neuausrichtung der Energiepolitik ohne neue Atomkraftwerke ausgesprochen. Italien und Österreich kommen bereits heute ohne Atomkraftwerke aus.

Doch nicht nur in Europa, sondern auch global schwindet die Bedeutung der Atomkraft. Ihr Anteil an der Stromerzeugung macht derzeit weltweit nur rund 10 % aus. Global

wird deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt als mit Atomkraft.

Wo in Europa noch Atomkraftwerke im Bau sind, zeigt es sich: Die Investitionskosten sind extrem hoch und die Bauzeiten lang. Ein finanzielles Fass ohne Boden ist der Reaktorblock Flamanville 3 in der Normandie. An diesem AKW baut der französische Energiekonzern EDF bereits seit 2007. Fertig wird der neue Reaktor nach derzeitiger Schätzung frühestens 2023. Die erwarteten Baukosten haben sich zwischenzeitlich auf 12 Milliarden Euro fast vervierfacht.

Ähnlich gewaltige Kostensteigerungen und Verzögerungen gibt es beim Bau des Reaktorblocks Olkiluoto 3 in Finnland. Auch das neue Atomkraftwerk Hinkley Point C in England wird mit geschätzten Kosten von umgerechnet 25 Milliarden Euro extrem teuer.

Auch bestehende, ältere Atomkraftwerke werden ökonomisch uninteressant: Die bernischen Kraftwerke BKW haben das AKW Mühleberg bereits vom Netz genommen, hauptsächlich aus Kostengründen. Auch der Finanzmarkt zweifelt an der Zukunft der Atomenergie: Der Aktienkurs des französischen Atomkonzerns EDF ist seit 2007 um mehr als 80 % gefallen. Zum

finanziellen Desaster kommen die Risiken der Atomstromproduktion – wie die Atomkatastrophen von Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) zeigten – und die milliardenschwere Erblast des ungelösten Atomüllproblems dazu.

Statt in den Rückspiegel, gilt es nun nach vorne zu schauen: Es braucht jetzt Investitionen in die Energieeffizienz und in erneuerbare Energien. Das reduziert Risiken, schont die Umwelt und schafft neue Arbeitsplätze.

Max Chopard-Acklin, Nussbaumen ehem. Nationalrat und Grossrat

NWA Region Basel

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-region-basel/>



«Wohnen & mehr» und LeNa: Genossenschaften suchen zukunftsfähige Wohnformen mit tiefem Energieverbrauch

Im «Westfeld» in Basel entsteht auf 35'000 Quadratmetern ein neues Quartier, das punkto Nachhaltigkeit ein Modellprojekt werden soll. 530 Genossenschafts-Wohnungen, Läden, Kleingewerbe etc. werden gebaut.

Wie lässt sich der Energieverbrauch vermindern? Wie erfolgt die Energieversorgung erneuerbar? Auf solche und ähnliche Fragen will eine aktuelle Arealentwicklung in Basel Antworten geben. Das «Westfeld» soll das grösste Genossenschaftsprojekt der Schweiz werden, unter dem Dach der Genossenschaft «wohnen&mehr». Das denkmalgeschützte ehemalige Felix-Platter-Spital wird in ein Wohngebäude umgenutzt. Über 300 genossenschaftliche Wohnungen werden in Neubauten erstellt, in einer Blockrand-Bebauung. Beim Bauen und Sanieren wird stark auf Energieeffizienz geachtet, nach dem SIA-

«Effizienzpfad Energie». «wohnen&mehr» will der Bewohnerschaft aufzeigen, wo sie wie viel Strom verbrauchen, und durch Transparenz Anreize zum bewussten Energieverbrauch setzen. Alle Gebäude werden vom lokalen Energieversorger IWB mit Fotovoltaik-Anlagen versehen und zu einem «Zusammenschluss zum Eigenverbrauch» (ZEV) gebündelt, was Strom-Übertragungskosten spart. Möglichst viel Strom wird direkt auf dem Areal verbraucht, und z. T. in Speicher-

batterien und Elektroautos zwischengespeichert. Die Wärmeversorgung erfolgt primär per solarbetriebener Grundwasser-Wärmepumpe sowie per Fernwärme.

Einer der «Bausteine» im «Westfeld» ist das «LeNa»-Haus, der Bau- und Wohngenossenschaft «Lebenswerte Nachbarschaft», die Mitglied ist von «wohnen&mehr», aber in Sachen Nachhaltigkeit und Suffizienz noch weiter gehen will. «LeNa» will vor allem mit Wohnen auf kleinem Fuss Ressourcen schonen: 32 Quadratmeter sollen im Schnitt pro Person zur Verfügung stehen, nicht mehr. Gemeinschaftlich nutzbare Räume kompensieren entsprechend die reduzierte, private Wohnfläche. Im Sinne einer «Vertragslandwirtschaft» werden Nahrungsmittel direkt von nahegelegenen Bauernbetrieben bezogen, ohne Zwischenhandel und mit möglichst kurzen Transport-

wegen. Eine hausinterne Cantina sorgt für schmackhafte Mahlzeiten und ein optimales Management der Produkte, um Food-Waste zu verhindern.

War diese Planung nun der direkte Weg zum «Ei des Kolumbus»? Ganz so einfach ging es nicht. Der Arealentwicklung ging ein Konflikt voraus zwischen dem Heimatschutz und dem Kanton als Areal-Eigentümer, denn ursprünglich hätte das Spitalgebäude abgerissen werden sollen. Dieses wird nun stehen gelassen und umgenutzt, was unter Einbezug der «grauen Energie» eines Gebäudes und denkmalpflegerischen Gründen sinnvoll ist. Vielleicht hat der bürgerlich geprägte Heimatschutz hier mit seinem Rekurs die ökologisch und sozial geprägten Genossenschaften dabei unterstützt, Substanz zu schonen und gesamthaft weniger Energie zu verbrauchen. Wie NWA schon seit über 50 Jahren beweist: Über Parteigrenzen hinweg kann man in der Energiepolitik manchmal mehr erreichen.

Jan Schudel, NWA Region Basel



© Baugenossenschaft wohnen&mehr / Nightnurse Images, Zürich

NWA Solothurn

<https://nwa-solothurn.ch>



Wahlen 2021 im Kanton SO – «NWA-Fraktion» bleibt stabil!

Wirtschafts-/Sozial- oder Umweltfragen im Vordergrund? Sofortmassnahmen für Corona-Leidende oder eine nachhaltige Energiepolitik im Fokus? Diesen Fragen stellten sich viele Wählende für den Wahlgang vom 7. März 2021 im Kanton Solothurn.

Wenige Tage vor dem Jahrestermin des Super-GAUs von Fukushima, der sich am 11. März 2021 zum 10. Mal jährte, wählten die Stimmberechtigten im Kanton Solothurn Parlament und Regierung.

Trotz Wahlkampf im «Corona-Modus» nahm NWA SO öffentlich Stellung. Über 40 NWA-Mitglieder konnten auf den verschiedenen Parteilisten gesichtet werden, gegen 30 wünschten unsere öffentliche Unterstützung.

«AKWs gehören schon lange zur Risikogruppe, nicht für sich, aber für uns!» diente als unser Wahlmotto. Unser Resultat lässt sich sehen: Auch in der Amtsperiode 2021–2025 werden 13 Mitglieder des Kantonsrates und zwei Mitglieder, bereits im 1. Wahlgang gewählt, sich für unsere Anliegen einsetzen. Eine gleichstarke Vertretung wie in der Periode 2017–2021 darf durchwegs als Erfolg gewichtet werden, da in den vergangenen Wochen Energie- und Klimapolitik den Massnahmen um Corona zu weichen hatten.

NWA SO gratuliert folgenden KandidatInnen, denen die (Wieder-)Wahl geglückt ist:

- den **KantonsrätInnen**: Matthias Anderegg, Heinz Flück, Miryam Frey-Schär, Silvia Fröhlicher, Nicole Hirt, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Raphael Sommer-Schär, Luzia Stocker Rötheli, Mathias Stricker, Daniel Urech und Barbara Wyss-Flück.

- den **RegierungsrätInnen**: Susanne Schaffner und Brigit Wyss

Aber auch den weiteren 16 Kandidierenden, teilweise noch jungen, die wir empfehlen durften, danken wir herzlich für das Engagement. Der gemeinsame Kampf geht weiter.



Kandidierende NWA-Mitglieder beim NWA-Foto-Event in Solothurn

NWA SO bleibt dran ... in der Politik und in der Zivilgesellschaft, bis dass das letzte AKW in der Schweiz seine Brennstäbe gekühlt und zur sorgfältigen Verwahrung in die Tiefe der Gebirge eingelagert hat, denn die «(Energie-)Zukunft ist erneuerbar»!

Philipp Hadorn
Präsident NWA SO & Alt-Nationalrat

NWA 55plus

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-55plus/>



Dokustelle aktuell

Dokustelle: Sabine Braunschweig, seit einem Jahr archivierst du die Sammlungen der Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz, damit sie vom Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS) übernommen werden können. Welche Beziehung hast du zur Bewegung gegen die Atomkraft?

Sabine Braunschweig: Als Jugendliche habe ich mich gegen Atomkraftwerke eingesetzt, nahm am grossen Pfingstmarsch von 1977 und am Hungerstreik in Aarau teil. Als Mitglied des Schülerrats der Kantonschule Oerlikon richtete ich eine Aluminiumsammelstelle ein und organisierte eine Konzertreihe mit Liedermachern, wo ich dich, Aernschd, persönlich

kennenlernte. Als ich nach einem zweijährigen Aufenthalt in England nach Basel kam, war 1981 eine kurze Besetzung in Kaiseraugst aktuell. Während dem Geschichtsstudium wurden dann andere politische Themen für mich zentral.

Was fällt dir auf beim Erschliessen der Dokumente?

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke war in der Bevölkerung breit verankert und umfasste alle politischen Lager. Das war sicher ein wichtiger Grund für ihren Erfolg, dass nach Leibstadt kein weiteres AKW gebaut wurde.

Diese politische Vielfalt widerspiegelt sich in den gesammelten Unterlagen, die in die Dokumentationsstelle gelangt sind. Mir fiel auf, wie viele Bürger

und Bürgerinnen Leserbriefe verfasst und Briefe an Behördenmitglieder und PolitikerInnen geschrieben haben. Oft erhielten sie sogar eine mehr oder weniger aussagekräftige Antwort. Für die Geschichtsforschung sind diese persönlichen Dokumente wertvolle Quellen, die einen konkreten Einblick in ein zivilgesellschaftliches Engagement geben.

Als Historikerin und Archivarin musst du (in Zusammenarbeit mit mir als Kurator) immer wieder entscheiden, was erhalten bleiben soll und was kassiert, d. h. entsorgt wird. Welche Kriterien beachtest du dabei?

Vom Staatsarchiv gibt es Kriterien, wie und was archiviert wird. Im Vordergrund stehen dabei Unterlagen, die Aufschluss über die konkreten Aktivitäten im Kampf gegen AKWs geben, also etwa Vortragsmanuskripte, Bulletins, Broschüren und Flugblätter. Ganz wichtig sind Sitzungsprotokolle der zahlreichen Gruppen. Diese dokumentieren die politische

Arbeitsweise. Sie können Hinweise auf kontroverse Diskussionen, etwa die taktische und strategische Ausrichtung einer Aktion, oder auf politische Konflikte geben.

Aus Platzgründen habe ich Unterlagen, die mehrfach vorhanden waren, kassiert. Zwar erhält das StABS in einigen Jahren ein neues Gebäude, aber der Platz bleibt limitiert. Zudem habe ich gesammelte Zeitungsartikel nur punktuell archiviert, weil Zeitungen bald alle retrodigitalisiert werden und dann online abgerufen werden können.

Was erhoffst du dir für dieses Privatarchiv mit der Signatur PA 1306?

Ich würde mich freuen, wenn der Bestand später, nach Ablauf der Sperrfrist, ausführlich für die Forschung genutzt wird und spannende Geschichtsarbeiten entstehen.

Das Interview führte Aernschd Born, Kurator



Sabine Braunschweig

ZUR SACHE

Warum Tschernobyl nicht noch schlimmer wurde

Tschernobyl blieb uns als grösster europäischer GAU in Erinnerung. Es hätte aber alles noch viel schlimmer kommen können.

Externe Experten hatten von Moskau den Auftrag, den Reaktor 4 in Tschernobyl auszutesten. Dabei wurden verschiedene Regelbrüche begangen, Abläufe und Vorschriften wurden missachtet, und die lokale Mannschaft konnte sich mit ihrem Antrag zum Abbruch der Experimente nicht durchsetzen. Bis es zu einer Kettenreaktion kam, die nicht mehr zu bremsen war. Die Sowjetunion schwieg die ersten 72 Stunden nach dem Unfall. Bis in Schweden wegen den gemessenen sehr hohen Strahlungswerten und radioaktiven Isotopen das AKW Forsmark evakuiert wurde. Danach wurde klar, dass der radioaktive Fallout aus der Sowjetunion stammen musste. Nach drei Tagen gab die Sowjetunion schliesslich einen Atomunfall in Tschernobyl nördlich von Kiew in der Ukraine zu.

Es hätte alles noch viel schlimmer kommen können

Als sich alle Kühlversuche als ungenügend herausstellten und die Kernschmelze unabwendbar war, wurden die Brennelemente aus Uran rund 2000 Grad heiss. Sie schmolzen alles was in der Nähe war, vor allem Graphit, Stahl und Beton, und diese als Corium bezeichnete «Lava» aus Uran und anderem Material bahnte sich seinen Weg nach unten. Wenige Meter unter dem Reaktorkern stand aber sehr viel Wasser.

Aus vier Gründen musste verhindert werden, dass sich dieses heisse Corium ins Wasser ergiesst: **Erstens**, weil weitere Dampfexplosionen verhindert werden sollten, die noch mehr radioaktives Material verbreiten würden. **Zweitens**, um eine Wasserstoff-

explosion zu verhindern, die je nach zur Verfügung stehendem Material eine gigantische Wasserstoffexplosion hätte sein können, die die ganze Struktur des Atomkraftwerks mit seinen 35'000 Tonnen Masse in kleinen Stücken in die Luft gejagt hätte. **Drittens** hätte das Wasser bei diesem Reaktortyp als Moderator funktioniert, das heisst, der Reaktor wäre mit Kernspaltung wieder aktiv geworden, nur diesmal unter fast freiem Himmel. Und **viertens** sollte das wichtigste Grundwasserreservoir der Region vor Radioaktivität geschützt werden.

Kumpels aus einem Bergwerk bauen einen Tunnel

Um das zu verhindern, holte man Kumpels aus einem Bergwerk in Tula, die einen Tunnel mit Kaverne unter den Reaktor 4 bauen mussten. Zuerst versuchte man von der Kaverne aus das heisse Corium mit Stickstoff zu kühlen, was aber misslang.

Dann änderte man die Strategie, und fokusierte sich darauf, wenigstens das Wasser wegzupumpen. Danach wurde die gesamte Kaverne mit Beton gefüllt, um das Grundwasser zu schützen.

Von der Arbeit dieser Liquidatoren profitierten auch wir in der Schweiz, da deswegen viel weniger radioaktiver Fallout in grosse Höhen und damit bis zu uns transportiert wurde. Wir schulden daher all den Liquidatoren von Tschernobyl unseren grössten Respekt. Tausende von ihnen starben später an der Strahlenkrankheit oder an Krebs.

Lehren aus Tschernobyl

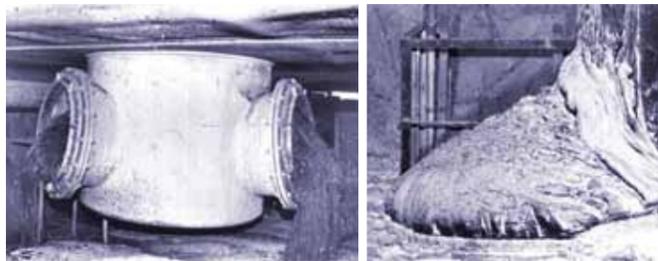
Man spielt nicht mit einem Atomkraftwerk, man muss vorgegebene Abläufe und Vorschriften einhalten, denn sie wurden nicht ohne Grund erlassen.

Denk ich an Beznau in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht. Denn um den ewigen Weiterbetrieb der Reaktoren Beznau 1 und 2 zu ermöglichen, werden vom eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI Vorschriften uminterpretiert und Berechnungsmethoden geändert, wie für den spröden Reaktordruckbehälter. Mängel, die bekannt sind, werden als irrelevant ignoriert oder günstig berechnet,

wie die Korrosionsschäden am Stahlcontainment.

So müssen wir weiter hoffen, dass sich in Beznau nie eine Überflutung, nie ein Erdbeben und nie ein Flugzeugabsturz ereignet, und nie eine Schnellabschaltung nötig sein wird. Denn so etwas würde den für 30 Jahre Betriebsdauer gebauten, aber nach 52 Jahren immer noch in Betrieb stehende Reaktor 1 schnell überfordern.

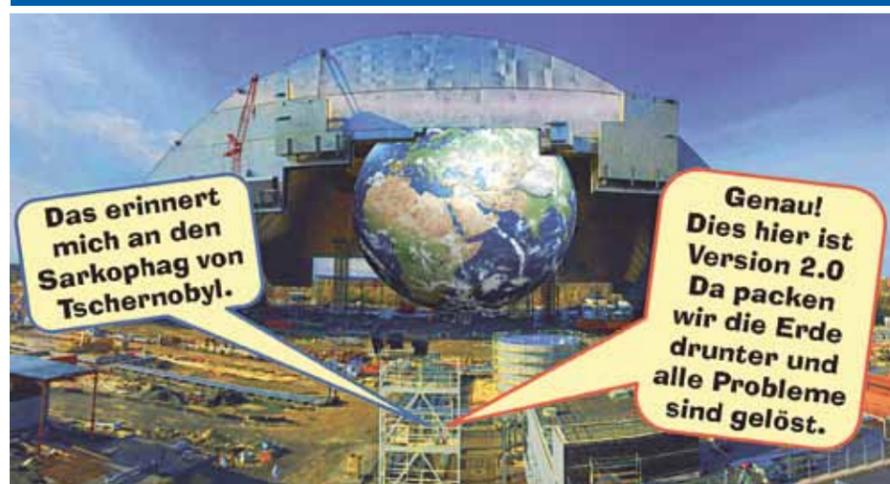
Wir müssen das ENSI dazu bringen, dass es seine Aufsichtsaufgabe ernst, und den Reaktor Beznau 1 umgehend ausser Betrieb nimmt.



Corium entströmt dem Reaktor wie Lava | Bilder Wikipedia

Peter Stutz

26. April 1986 – 35 Jahre Tschernobyl



Fotocartoon Aernschd Born 2021



Stromproduktion auf bestehenden Gebäuden

Auch in der Frühlingssession arbeitete das Parlament weiter an der Energiewende. So verabschiedete der Nationalrat einen Vorstoss, welcher die Nutzung von Bio-

masse wirtschaftlicher ausgestalten will. Zudem wurden Vorstösse zur Förderung von Solardächern eingereicht. Eine entscheidende Weichenstellung für die Energiewende wird das CO₂-Gesetz sein, über welches die Schweizer Bevölkerung am 13. Juni abstimmen wird.

Heute werden erst 5 % des Hofdüngers energetisch genutzt, obwohl diese Energieform gerade im Winter zur Versorgungssicherheit beitragen könnte. Im Gegensatz zu Windkraft oder Solaranlagen haben Biomasseanlagen jedoch relativ hohe Betriebskosten. Es braucht deshalb auch andere finanzielle Förderinstrumente, welche verhindern, dass

nach den Anschubfinanzierungen bestehende Anlagen wieder abgestellt werden. Erfreulich ist, dass eine Mehrheit des Nationalrates den Bundesrat beauftragte, als Nachfolgelösung zur Einspeisevergütung neue Fördersysteme auszuarbeiten. Was dabei jedoch nicht vergessen gehen darf: Um die klimapolitischen Ziele von Paris zu erreichen, sollte die Zahl der Nutztiere und somit die Zahl des produzierten Düngers in den nächsten Jahren sinken. Trotzdem ist es richtig, wenn das Potenzial von Dung zur Stromproduktion maximal ausgenutzt wird und Nährstoffkreisläufe geschlossen werden können.

Zur Förderung des Solarstroms hat der Thurgauer Nationalrat Kurt Egger eine wichtige Motion mit ehrgeizigen Zielen eingereicht: Er fordert vom Bundesrat Rahmenbedingungen, damit alle geeigneten Dächer und Fassaden von bestehenden Gebäuden bis 2040 mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Der Ausbau der Stromproduktion mit Fotovoltaikanlagen ist eine der grössten Herausforderungen und für die Erreichung der Klimaziele entscheidend. Gemäss den Energieperspektiven 2050+ des Bundesrates soll die Solarstromproduktion bis 2050 14-mal höher als heute sein. Dies ist schon aus Gründen der Versorgungssicherheit nötig, um die wegfallende Kernenergie zu ersetzen. Mit den richtigen Rahmenbedingungen sind diese Ziele realistisch, das vorhandene Potenzial ist nämlich doppelt so gross wie nötig.

Florence Brenzikofer aus Bundesbern

Was? Wann? Wo?

Management der Abschaltung

Internationales Symposium zur Stilllegung von Schweizer Kernkraftwerken

Donnerstag, den 30. September 2021
8.30 – 17.30 Uhr

PROGR Aula
Waisenhausplatz 30, Bern

www.no21.org

<https://nwa-schweiz.ch>

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf das PostFinance Konto von NWA Schweiz
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber & Impressum
NWA (Nie Wieder AKW) Schweiz
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel
<https://nwa-schweiz.ch>
sekretariat@nwa-schweiz.ch
Telefon +41 61 322 49 20
Redaktion Peter Stutz + NWA-Vorstand
Layout Aernschd Born
Druck Grafisches Service-Zentrum WBZ
Erscheint 4 x jährlich

NWA-Mitglied werden

Werde NWA-Mitglied und unterstütze aktiv unser Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.

Jahresbeitrag 50.00 CHF

Anmeldung direkt via <https://nwa-schweiz.ch> oder mit diesem Talon per Post an:
NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Vorname, Nachname.....

Adresse.....

Postleitzahl, Ort.....

E-Mail.....

Telefon.....

Herzlichen Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.